

Betreff: Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Von: Nicola Beer <programm@fdp.de>

Datum: 14.09.2017 15:01

An: die-bpe@gmx.de



Nicola Beer
Generalsekretärin



Sehr geehrter Herr Talbot,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2017, deren Eingang wir bereits bestätigt hatten.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

**Im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE steht auf Seite 31:
Wir wollen eine gewaltfreie Psychiatrie und die Abschaffung von
Sondergesetzen.**

Und auf Seite 125:

**Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Diskriminierungen von
Menschen mit Behinderungen aufgehoben werden, insbesondere
psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreuungsrechtliche
Zwangsbefugnisse.**

**Ist die FDP ebenfalls bereit, in der nächsten Legislatur dieses Vorhaben
durchzusetzen, sei es zusammen mit der Partei DIE LINKE oder anderen? Nur
so kann das Betreuungs- und Unterbringungsrecht konform mit der
Behindertenrechtskonvention (BRK) werden.**

Für uns Freie Demokraten steht das Recht auf selbstbestimmte Entscheidungen jedes Einzelnen im Mittelpunkt aller Überlegungen. Es gehört zur Selbstbestimmung jedes Menschen, sich mit freiem Willen gegen eine ärztliche Behandlung zu entscheiden. Dies setzt jedoch die Fähigkeit zur freien Willensbildung voraus. Ist diese freie Willensbildung krankheitsbedingt nicht mehr möglich, ist der Staat unter sehr engen Voraussetzungen aufgerufen und berechtigt, den Betroffenen vor sich selbst in Schutz zu nehmen. Deshalb halten wir Freie Demokraten eine völlige Abschaffung der Gesetze für psychiatrische Zwangsmaßnahmen nicht für sinnvoll, da solche Maßnahmen medizinisch, zum Schutz der Patientinnen und Patienten, indiziert sein können. Ärztliche

Zwangsmaßnahmen dürfen gewiss wegen des mit ihnen verbundenen erheblichen Grundrechtseingriffs nur das absolut letzte Mittel sein. Die Anwendung solcher Maßnahmen erfolgt aber schon heute unter strengen Auflagen. Einer Überprüfung bundes- oder landesrechtlicher Regelungen auf die Einhaltung der oben skizzierten Grundgedanken stehen wir offen gegenüber.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Nicola Beer MdL
Staatsministerin a.D.
Generalsekretärin

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-269
programm@fdp.de
www.fdp.de

